



Juli 2007 **10**

Museumsblätter

Mitteilungen des
Museumsverbandes Brandenburg

> **Gedenkstätte und Museum
Neue Ausstellungen**

Memorialkultur in der Diskussion

Gedenkstätten in Brandenburg

Gedenkstätten außerhalb Brandenburgs

10

Autorinnen und Autoren

Michael Barth	freybeuter, Ausstellungen und Kommunikation gestalten, Potsdam
Dr. Bärbel Dalichow	Direktorin Filmmuseum Potsdam
Christian Dürr	wissenschaftlicher Mitarbeiter im Archiv der KZ-Gedenkstätte Mauthausen
Prof. Dr. Stefanie Endlich	Publizistin mit den Schwerpunkten Kunst im öffentlichen Raum und Gedenkstätten, Dozentin an der Universität der Künste, Berlin
Dr. Insa Eschebach	Leiterin der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück
Gerd-Ulrich Herrmann	Leiter der Gedenkstätte Seelower Höhen
Dr. Susanne Köstering	Geschäftsführerin des Museumsverbandes des Landes Brandenburg e.V.
Ralf Lechner	wissenschaftlicher Mitarbeiter im Archiv der KZ-Gedenkstätte Mauthausen
Carmen Lange	Leiterin des Todesmarschmuseum Belower Wald
Dr. Susanne Lanwerd	Referentin des Museumsverbandes des Landes Brandenburg e.V.
Prof. Dr. Günter Morsch	Direktor Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen
Markus Ohlhauser	Vorstandssprecher des Museumsverbandes des Landes Brandenburg e.V., Verwaltungsleiter der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Oranienburg
Dr. Ines Reich	wissenschaftliche Mitarbeiterin, Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen
Karin Schawe	wissenschaftliche Mitarbeiterin der KZ-Gedenkstätte Neuengamme: Presse, Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen
Alexander Schmidt	wissenschaftlicher Mitarbeiter der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg

Abbildungsnachweis

Titelseite	Manuela Schulz, Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Oranienburg (SBG)
S. 4	Manuela Schulz (SBG)
S. 15	Hoffmann (SBG)
S. 17 – 19	Todesmarschmuseum, Mediathek (SBG)
S. 20 – 21	Architekten Bennis, Lohrberg, Weidner, Berlin/Stuttgart
S. 22 – 26	Stefanie Endlich, Berlin
S. 28 – 33	Björn Gripinski/freybeuter, Potsdam
S. 34 – 38	Britta Pawelke, Gedenkstätte Ravensbrück (SBG)
S. 39	Andreas Ehresmann, Hamburg
S. 41	Richard Perlia, Bildjournalist (1949) „Der Kurier“
S. 42 – 45	Hagen Immel, Potsdam (SBG)
S. 46 – 50	Archiv der Gedenkstätte Seelower Höhen
S. 52 – 53	Peter Hansen/Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora
S. 53 (rechts unten)	Naomi Tereza Salmon, Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora
S. 54	Peter Wentzler, Hinz und Kunst, Braunschweig
S. 57 (rechts)	Andreas Buchberger/Archiv der KZ-Gedenkstätte Mauthausen
S. 57 (links)	Stefan Matyus/Archiv der KZ-Gedenkstätte Mauthausen
S. 59	KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Archiv
S. 60 – 61	Jörg Leopold, Filmmuseum Potsdam
S. 63	Mediathek, Gedenkstätte Ravensbrück (SBG)

Inhalt

Forum

Gedenkstätte und Museum Neue Ausstellungen

Memorialkultur in der Diskussion

- 6 Erinnerungskultur im geteilten Deutschland [Markus Ohlhauser](#)
- 10 Zum Wandel der Gedenkstätten nach der Deutschen Einheit [Günter Morsch](#)

Gedenkstätten in Brandenburg

- 16 Belower Wald
Open-Air-Ausstellung und Projektwerkstatt im Todesmarschmuseum [Carmen Lange](#)
- 22 Brandenburg an der Havel
Eine der sechs zentralen Mordstätten der „Euthanasie“-Aktion [Stefanie Endlich](#)
- 28 Potsdam
Die neue Ausstellung im Gefängnis der DDR-Staatssicherheit [Michael Barth](#)
- 34 Ravensbrück
Erinnerungsstücke. Zum Ausstellen von Dingen in nationalen Gedenkräumen [Insa Eschebach](#)
- 40 Sachsenhausen/Speziallager
Museale Präsentation: Authentisch, auratisch, kontrafaktisch [Ines Reich](#)
- 46 Seelower Höhen
Kritische Bestandsaufnahme einer Gedenkstätte zum Kriegsende [Gerd-Ulrich Herrmann](#)

Gedenkstätten außerhalb Brandenburgs

- 52 Buchenwald
Acht Bilder [Peter Hansen](#), [Naomi Tereza Salmon](#)
- 54 Flossenbürg
Wiederentdeckung eines europäischen Erinnerungsortes [Alexander Schmidt](#)
- 56 Mauthausen/Gusen, Österreich
Ausstellungen zur Geschichte der Konzentrationslager [Ralf Lechner](#), [Christian Dürr](#)
- 58 Neuengamme
Die KZ-Gedenkstätte und ihre Zeitspuren [Karin Schawe](#)

Fundus

- 60 [Schatztruhe](#)

Erinnerungskultur im geteilten Deutschland

Markus Ohlhauser

National sollte die Erinnerung der Terminologie nach sein, als seit Mitte der 50er Jahre die „Nationalen Mahn- und Gedenkstätten“ der DDR ins Leben gerufen wurden. Dabei konnte die Kluft der Erinnerungskultur zwischen den beiden deutschen Staaten damals kaum größer sein. Erinnerungskultur, hier öffentliche Erinnerungskultur als Versuch, Teile der Vergangenheit im Bewusstsein zu halten, ist zwangsläufig so subjektiv wie die Aneignung der Geschichte überhaupt. Damit reflektiert sie das gesellschaftliche Bewusstsein ihrer Zeit und – sie ist eben denselben Wandlungen ausgesetzt, wie dieses Bewusstsein. Wie war also die Gemengelage erinnerungskulturellen Bewusstseins über die NS-Zeit damals, Mitte der 50er Jahre?

In Westdeutschland herrschte eine Kultur des Vergessens, Verdrängens und Umdeutens vor. Nach der oberflächlichen „Entnazifizierung“ durch die Alliierten wollte die „Wirtschaftswundergeneration“ alles andere, als sich gezielt die NS-Vergangenheit zu vergegenwärtigen. Vielmehr herrschte in der Betrachtung der Vergangenheit im breiten Bewusstsein Apologetik vor. Die persönliche Haltung reichte von nichts-gewusst-haben-wollen über das Identifizieren einzelner, „den Nazis“ anzulastenden moralischen oder militärischen Fehlern innerhalb eines im Rahmen der Geschichte „normalen“ nationalen Interessenvertretungsgebarens bis hin zur revisionistischen Umdeutung des rasseideologischen NS-Vernichtungskrieges als Ganzem zum Vorhutgefecht einer antikommunistischen Menschheitsanstrengung im Sinne der damaligen politischen Gegenwart, die den Westdeutschen, der nun auf der „richtigen“ Seite stand, im Nachhinein exkulperte. Eine spezifische Kultur der Erinnerung an die nationalsozialistischen Untaten fand im öffentlichen Raum dementsprechend nicht statt. Allerdings war auch das mit Krieg und Niederlage verbundene individuelle und kollektive Leid der Deutschen so nah an der historischen und moralischen Katastrophe nicht in öffentlichen Formen „gedenkfähig“. Öffentliche Wahrnehmung als Objekt empathischer Erinnerung galt allenfalls den Opfern der Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten sowie den Opfern kommunistischer Verfolgung, nicht zuletzt in den auf ostdeutschem Boden errichteten sowjetischen Speziallagern. Mit dem Mittel der Entkontextualisierung der Vertrei-

bung und dem Verweis auf kommunistisches Unrecht auf der Basis des obigen Mehrheitskonsenses war die Vergegenwärtigung ihres Schicksals zugleich eigene Anspruchsbekundung (auf Heimat) und Kampfbeitrag zum kalten Krieg. Die dominante Erinnerungskultur war positiv im Sinne des würdigenden Andenkens an die Opfer von Unrecht und Unterdrückung. Sie war zugleich unmittelbar ideologisch. Ihre Ausdrucksformen waren die der Propaganda und des Kultes.

In der DDR gab es hingegen tatsächlich eine öffentliche Erinnerungskultur, die die deutschen Verbrechen im Nationalsozialismus zum Gegenstand hatte. Und – es mag überraschen – es war eine positive Erinnerungskultur. Wie war das möglich, hatte das Verbrechen auf dem Territorium der neuen DDR doch genauso seine Geschichte wie in der ebenso neuen BRD?

Hier hatte der Mythos von der „Befreiung“ auf wundersame Weise dafür gesorgt, dass sich die Bewohner der DDR mit dem Einmarsch der Roten Armee gleichsam von sich selbst befreit fühlen durften. Die deutschen Untaten wurden zum historisch-materialistisch notwendigen Kampf der Systeme entpersönlicht, dessen erwartungsgemäßer Ausgang nun den Weg in eine unbelastete Zukunft wies. Während im Westen das schreckliche Geschehen einem territorial wie personell scheinbar irgendwie nicht mit Deutschland identischen „Nazideutschland“ zugeschrieben wurde, fand dies in der DDR nunmehr entweder im sog. „Hitlerdeutschland“ statt – offenbar vor allem aus der Person Hitlers bestehend – oder auf merkwürdige Weise in der BRD und somit beim ideologischen Gegner im Westen. Dem konnte neben der allfällig betonten personellen Kontinuität von gesellschaftlichen Funktionsträgern zum Dritten Reich damit auch die Gesamtheit der - negativen - historischen Verantwortung übergehäuft werden. In der Erinnerungskultur wuchs den im Unterschied zum Westen früh errichteten großen KZ-Gedenkstätten, gewissermaßen als „Konzentrat“ des epochalen Ringens der Systeme, die Rolle zu, Orte der ideologischen und moralischen Selbstvergewisserung innerhalb des Systemantagonismus zu werden. Ihre Ausdrucksform war ebenfalls die der Propaganda und des Kultes, auch wenn sie äußerlich z.B. durch das Vorhandensein von Ausstellungen und im gewis-

sen Maße von Sammlungen Elemente von Museen aufwiesen. Immerhin wurde so aber das nationalsozialistische Unrecht öffentlich artikuliert.

Von den 1970er Jahren bis zur Wende

Während diese Form der Vergegenwärtigung von Geschichte in der DDR in der Folgezeit lange unverändert blieb und in immer stärker ritualisierte Formen des offiziellen Antifaschismus übergang, fand in Westdeutschland mit der 68er Bewegung ein signifikanter Paradigmenwechsel statt. Die Nazizeit wurde kritisch und bisweilen aggressiv hinterfragt, von der Verdrängungsgeneration wurde Rechenschaft eingefordert, apologetische und revisionistische Ansätze wurden diskreditiert und die Geschichte des „Dritten Reiches“ wurde zwischen den Generationen konfrontativ vergegenwärtigt. In der Erinnerungskultur erlangten dabei diejenigen die Deutungshoheit, die vor allem moralisch „aufarbeiten“ und durch aktiven Umgang mit Schuld ein progressives Projekt verbinden wollten, statt Schuld und die diese begründende Sachinformation zu verdrängen und zu verfälschen. Hinsichtlich des Gedenkens war ein wesentlicher Effekt dieses Prozesses, dass die Erinnerung sich nun mit der haptischen Begreifbarkeit von Orten befasste und das historische Geschehen in vielen Einzelinitiativen unter der Decke des Schweigens und Verdrängens – in oftmals schwierigen biographischen Kontexten – hervorzuziehen suchte. Die zutage geförderten Ergebnisse fanden noch keine Systematisierung in Museen. Die Ausdrucksformen waren stärker eventartig, plakativ, der Impetus häufig ideologisch überhöht und von konfrontativer Subjektivität. Gleichwohl wurde mit dem emphatischen moralischen Anspruch die Wurzel für eine nachhaltige Durchdringung der Vergangenheit auf vielen gesellschaftlichen Ebenen gelegt.

Aus dem konfrontativen Aufbrechen der Erinnerungsstrukturen wurde jedoch kein gesellschaftsumfassender Diskurs, der eine Gesamtrevision der offiziellen Geschichtsaneignung als breit getragenes dialektisches Ergebnis zur Folge gehabt hätte. Dies führte zu dem paradoxen Effekt, dass die moralisch nicht zu widerlegende aufarbeitende Form der Erinnerungskultur, personifiziert in Intellektuellen wie Günter Grass und implementiert von Geschichtswerkstätten,

Kirchen- und Gewerkschaftsinitiativen sowie Bürgerinitiativen und „Barfußhistorikern“, zwar ab den 70er Jahren über die tendenziell linken Eliten offizielle Deutungshoheit erlangte und als Erfolg langer mühsamer Arbeit schließlich weite Lebensbereiche durchdrang. Zugleich stand der erkämpften Hoheit jedoch weiter die unterlegene tendenziell konservative Fraktion gegenüber, die einen Kern apologetischer Überzeugungen auch im Angesicht immer umfassenderer historischer Tatsachenaufklärung und ihrer breitenpädagogischen Vermittlung nicht preisgab. Der als Diskurs im Grunde gescheiterte Prozess trug seine eigene Infragestellung so über die Zeiten mit hinfort.

Im Zuge des Aufarbeitungsprozesses entstanden in dieser Zeit neben den Standorten der früheren KZ mehr und mehr kleine Gedenkorte an früheren Außenlagern, Kommandos und anderen Verfolgungsorten. Entsprechend ihrer Herkunft aus „Graswurzelbewegungen“ waren sie klein, hatten stark dezentralen Charakter und trugen sich fast ausschließlich aus Privatinitiative. Hier zeigten sich erste Ansätze zu quasimusealen Formen der Bearbeitung. Die gefundenen Ergebnisse wollten präsentiert sein. In der materiellen Manifestation des „corpus delicti“ fand der moralisch geleitete Enthusiast und Ankläger des Verdrängens zugleich Beweismittel, Sachverhaltsaufklärung und eine Hommage an die Opfer. Die Dichotomie Gedenkstätte-Museum trat ins Leben. Der Schwerpunkt lag aber eindeutig auf Trauer und Gedenken.

Auch im neuen Klima der Akzeptanz überschritt die Erinnerungskultur im Westen nicht die Grenze zu einem staatlich protegierten Kultus als Ausdruck eines gesamtgesellschaftlichen Befindens. Nicht nur war hierfür der Konsens nicht groß genug, „negatives Gedenken“ (Volkhard Knigge) zur Identitätsstiftung heran zu ziehen. Anders als in der DDR verhinderten die pluralistische Kulturvielfalt westlicher Gesellschaft, der Kulturföderalismus und die Zuordnung des NS-Gedenkens zu bestimmten gesellschaftspolitischen Lagern eine vertiefte Institutionalisierung der Gedenkstätten mit tragender staatlicher Alimentation. Die verfasste Politik hielt vielmehr vorsichtigen Abstand zu dem Thema und seinem Eskalationspotential. Ironischerweise verlieh gerade die somit verbleibende Basisnatur eines „work in progress“ den

Initiativen weiter Dynamik und Behauptungswillen. Ja, institutionalisierenden Bestrebungen wurde häufig sogar mit dem Verdacht begegnet, hierdurch eine gleichmachende und fremdbestimmte Vereinnahmung autonomer Bemühungen um Wahrheit und Aufklärung vorantreiben und sie damit als gesellschaftliche Kraft quasi ersticken zu wollen. Die Folge war nicht nur ein relativ geringer Professionalisierungsgrad der Gedenkstätten, sondern eine systematische Scheu vor dem Begriff „Museum“ als Ort vermeintlicher Entsorgung der historisierten und abschließend „bewältigten“ Vergangenheit.

In der DDR vollzog sich die Entwicklung völlig anders. Die auch architektonisch häufig monumentalen und in der Formensprache nahezu religiös überhöhten Ikonen der Selbstvergewisserung des neuen Staates bedurften von ihrem Gründungsanspruch her keiner – gar kritischen – Dynamik. Die Erinnerung war im wahrsten Sinne des Wortes monumentalisiert. Dem entsprach sowohl die institutionelle und personelle Verankerung als auch der praktisch gelebte Museumsbegriff. Das „Museum des antifaschistischen Widerstandskampfes der Europäischen Völker“ in der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen brachte nicht nur bereits in seinem Namen die Verengung seiner historischen Betrachtung auf eine bestimmte Deutung der Historie zum Ausdruck. Die zu vermittelnden Inhalte, soweit sie über die sehr spezifische Präsentation jeweils nationaler Ikonen der repräsentierten Auswahl „Europäischer Völker“ hinausgingen, verfolgten ebenso wenig wie das „Lagermuseum“ mit seinem eher historischen Anspruch ein plurales und reflektierendes Geschichtsbild. Die rassistische Verfolgungsmotivation der Nazis, die Heterogenität der Opfergruppen jenseits politischer Zuordnungen und die weitestgehende Abwesenheit eines antifaschistischen Widerstandskampfes im realen Lageralltag fanden keine Beachtung. Dem entsprach die Situation der Forschung, die faktisch nicht stattfand bzw. sich auf Affirmation aus einer nicht kritisch hinterfragten Quellenauswahl stützte. Die Sammlungen waren, abgesehen von ihrem bedenklichen Erhaltungszustand, der sicher nur zum Teil dem allgemeinen Mangel geschuldet war, auch auf ihre affirmative Eignung hin „gefiltert“ und einer regelrechten Zensur durch politische Gremien unterzogen worden. Auch

hier ergänzte somit die Ikone den Kult, die äußeren Formen des Museums gingen gleichsam instrumentell im übergeordneten Erinnerungskultus auf. Anders gesagt: Das Museum war eine Funktion des erinnerungskulturell positiv begründeten Gedenkens.

Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre wurden in Buchenwald und Ravensbrück neue Ausstellungen gestaltet, die die beschriebenen Defizite aufnahmen und teilweise zu kompensieren suchten. Gleichwohl konnten sich weder Forschung noch Präsentation von den Vorgaben der politisch bestimmten Erinnerungskultur lösen, ganz abgesehen von der faktischen Unzugänglichkeit relevanter Quellenbestände in den Archiven der Sowjetunion und des Westens.

In der BRD erfuhr die Erinnerungskultur nochmals einen diskursiven Schub im sogenannten „Historikerstreit“ Ende der achtziger Jahre. In neuen Deutungsversuchen des Nationalsozialismus wurden alte Interpretationsmuster eines quasi präventiven Charakters des Nazi-Terrors gegen die kommunistische Weltbedrohung wieder aufgenommen. „Asiatische Taten“ der Kommunisten sollten die Nazi-Untaten in einen erweiterten Betrachtungskontext relativierend – und damit exkulperierend – einordnen. Zugleich sollten rein phänomenologische Ansätze der Betrachtung des Nationalsozialismus die moralische Dimension des Menschheitsverbrechens relativieren und auf diese Weise besondere erinnerungskulturelle Ansprüche negieren. Der Streit endete in einer weitgehenden Bestätigung der Sichtweise, die die Singularität des nationalsozialistischen Völkermords hervorhebt. Nun stand aber bereits die deutsche Wiedervereinigung vor der Tür. Die Wende 1989 verschob das Koordinatensystem in Ost und West dann wieder erheblich.

Neues und Altes nach der Wende

Große ostdeutsche Gedenkstätten professionalisierten sich in der Tradition ihrer staatlichen Trägerschaft nicht zuletzt dank der Förderung durch den Bund als moderne zeitgeschichtliche Museen. Westdeutsche Gedenkstätten vollzogen diesen Trend nach. Basisgetragene Erinnerungskultur des Westens vermischte sich mit einer demokratisierten und in der äußeren

Form quasi-staatlichen Erinnerungskultur des Ostens zu einem nun gesamtstaatlichen und in verstärktem Maße staatlich alimentierten Gedenken auf der Basis selbstkritischer Vergegenwärtigung der Nazi-Vergangenheit. Für die Gedenkstätten als Museen bedeutete dies in Ost und West die Orientierung auf ein wissenschaftliches Forschungsethos als legitimatorische Basis der musealen Präsentation der ortsbezogenen Geschichte in Abgrenzung zu den außerdem dort praktizierten Gedenkformen der Totenehrung und der individuellen Erinnerungspflege. Dabei blieb die Dezentralität der Erinnerungskultur auch im vereinten Deutschland konstitutiv, die mit ihrer Betonung der authentischen Orte die Beteiligung der gesamten Gesellschaft an den NS-Verbrechen reflektiert und auf einer politischen Unabhängigkeit der Gedenkstätten insistiert.

Dem gegenüber lebte jedoch der ungelöste Konflikt der westdeutschen Erinnerungskultur unter dem Eindruck eines neuen nationalen (Selbst-)Bewusstseins und im Angesicht der mit der Wende in vollem Umfang zutage geförderten Verbrechen der „2. Diktatur“ nahezu ungebrochen und nun gesamtstaatlich wieder auf. Alter westdeutscher Antikommunismus verband sich mit dem berechtigten Interesse der Opfer der SBZ/DDR an würdigem Gedenken, das sich jedoch im Gegensatz, ja in unmittelbarer Konkurrenz zu den Opfer des Nationalsozialismus und ihren Erinnerungsformen ausdrückte.

Im Ergebnis ist damit leider auch im vereinten Deutschland keine Synthese der Erinnerungskultur gewachsen, die die Spannung der unverarbeiteten moralischen Aporien der Vergangenheit aushält und konstruktiv wendet. Im Gegenteil lebt ein Kulturkampf wieder auf, der die Muster der Nachkriegszeit kaum verändert reproduziert. Das zeithistorische Museum hat hier eine – angesichts seiner aktuellen gesellschaftlichen Relevanz von anderer Warte gesehen fast beneidenswerte – Aufgabe, interessengeleiteten Deutungsversuchen aller Seiten mit wissenschaftlichen Tatsachen und ihrer didaktischen Vermittlung zu begegnen. Die Gedenkstätte hat die Aufgabe, die Formen des Gedenkens vor Vereinnahmungen zu bewahren und sich einer Rolle als Plattform erinnerungspolitischer Auseinandersetzungen auf dem Rücken der Opfer zu verschließen.